ÜBERSETZUNG

STAATSRAT
Gesetzgebungsabteilung

Gutachten 72.189/4
vom 17. Oktober 2022

über

einen Vorentwurf eines Dekrets der Deutschsprachigen Gemeinschaft ‚über die Kontrolle und das Verfahren zur Auferlegung von administrativen Geldbußen im Bereich der Beschäftigungspolitik‘

‡LW-CHKWOFHDD-HCBIJVT‡

Am 14. September 2022 wurde der Staatsrat, Gesetzgebungsabteilung, von der Ministerin für Kultur und Sport, Beschäftigung und Medien der Deutschsprachigen Gemeinschaft darum gebeten, innerhalb einer Frist von dreißig Tagen, ein Gutachten über einen Vorentwurf eines Dekrets ‚über die Kontrolle und das Verfahren zur Auferlegung von administrativen Geldbußen im Bereich der Beschäftigungspolitik' abzugeben.

Der Vorentwurf wurde von der vierten Kammer am 17. Oktober 2022 untersucht. Die Kammer setzte sich zusammen aus Martine BAGUET, Kammerpräsident, Luc CAMBIER und Bernard BLERO, Staatsräte, Sébastien VAN DROOGHENBROECK und Marianne DONY, Beisitzer, und Charles-Henri VAN HOVE, stellvertetender Greffier.

Der Bericht wurde von Roger WIMMER, Erster Auditor, und Xavier MINY, beigeordneter Auditor, vorgelegt.

Das Gutachten, dessen Wortlaut nachstehend wiedergegeben ist, wurde am 17. Oktober 2022 abgegeben.

*

‡LW-CHKWOFHDD-HCBIJVT‡

Da der Begutachtungsantrag aufgrund von Artikel 84 § 1 Absatz 1 Nr. 2 der am 12. Januar 1973 koordinierten Gesetze ‚über den Staatsrat' eingereicht wurde, beschränkt sich die Gesetzgebungsabteilung gemäß Artikel 84 § 3 der o.a. koordinierten Gesetze darauf, die Rechtsgrundlage des Vorentwurfs‡, die Befugnis des erlassenden Organs sowie die Einhaltung der vorangehenden Formvorschriften zu untersuchen.

Was diese drei Aspekte betrifft, sind über den Vorentwurf folgende Bemerkungen zu formulieren.

VORHERGEHENDE BEMERKUNG

Wie aus dessen Begründung hervorgeht, geht der Vorentwurf von den Errungenschaften des föderalen Sozialstrafgesetzbuches und des Wallonischen Dekrets vom 5. Februar 1998 ‚über die Überwachung und Kontrolle bezüglich der Beachtung der Gesetzgebungen im Bereich der Beschäftigungspolitik' aus und lehnt er sich außerdem an das Wallonische Dekret vom 28. Februar 2019 ‚über die Kontrolle der Gesetzes- und Verordnungsvorschriften in Bezug auf die berufliche Umschulung und Fortbildung sowie über die Einführung von administrativen Geldbußen bei Verstößen gegen diese Gesetzes- und Verordnungsvorschriften' an.

Mehrere Bestimmungen übernehmen *mutatis mutandis* bestehende Bestimmungen. Für ein gutes Verständnis der verschiedenen Bestimmungen ist es daher sehr ratsam, in der Begründung für jeden Artikel zu erwähnen, an welche konkrete Bestimmung aus dem Gesetz oder dem Dekret er sich anlehnt.

Wie die Gesetzgebungsabteilung es bereits bemerkt hat[1], muss die Tragweite zahlreicher Bestimmungen nämlich oft im Lichte ihres historischen Hintergrunds und der Anwendung der entsprechenden Bestimmungen des Sozialstrafgesetzbuches und der Wallonischen Dekrete bestimmt werden, was ebenfalls aus den Erläuterungen der beauftragten Beamtin über die entworfenen Bestimmungen hervorgeht. Es ist sehr ratsam, diese konkreten Erläuterungen in die Begründung aufzunehmen und es wäre sehr nützlich gewesen, dies von Anfang an zu tun, damit die Gesetzgebungsabteilung den vorliegenden Vorentwurf auf effizientere Weise hätte untersuchen können.

‡ Da es sich um einen Dekretvorentwurf handelt, wird unter „Rechtsgrundlage" die Übereinstimmung mit den höheren Rechtsnormen verstanden.

[1] Siehe das Gutachten Nr. 57.193 vom 1. April 2015 über einen Vorentwurf, der zur Ordonnanz vom 9. Juli 2015 ‚portant des règles harmonisées relatives aux amendes administratives prévues par les législations en matière d'emploi et d'économie' geworden ist, *Parl. Dok.*, Parl. R.B.H., 2014-2015, Nr. A-164/1, S. 28 bis 31; http://www.raadvst-consetat.be/dbx/avis/57193.pdf.

‡LW-CHKWOFHDD-HCBJVT‡

ZUSTÄNDIGKEIT

Verschiedene Bestimmungen des Vorentwurfs rufen mehrere Fragen in Bezug auf die Zuständigkeitsverteilung hervor.

I. Die Befugnisse der Höfe und Gerichte und das vor ihnen durchgeführte Verfahren

1. Manche Bestimmungen des Vorentwurfs beziehen sich auf die Befugnisse der Höfe und Gerichte, sowie auf das vor ihnen durchgeführte Verfahren.

Es handelt sich um die Artikel 13 (Verfahren bezüglich der Hausdurchsuchungen), 29 (Beschwerde gegen gewisse Untersuchungsmaßnahmen), 56 (Beschwerde gegen die administrativen Geldbußen vor dem Arbeitsgericht), 67 § 4 (Beschwerde vor dem Jugendgericht) und 97 (Zuständigkeit des Arbeitsgerichts).

2. Der ständigen Rechtsprechung des Verfassungsgerichtshofs und der Gesetzgebungsabteilung zufolge fallen die betreffenden Angelegenheiten in den Zuständigkeitsbereich der föderalen Behörde und kann eine Gemeinschaft oder eine Region in die Zuständigkeit der Föderalbehörde hinsichtlich dieser Angelegenheiten daher nur über die Ausübung der in Artikel 10 des Sondergesetzes vom 8. August 1980 ‚zur Reform der Institutionen' erwähnten impliziten Zuständigkeiten eingreifen, und zwar sofern die drei dafür erforderlichen Bedingungen erfüllt sind[2].

3. Außer eines Hinweises auf Artikel 10 des Sondergesetzes vom 8. August 1980 enthält der Kommentar zu Artikel 13 des Vorentwurfs keine genaue Angabe diesbezüglich. Dasselbe gilt für seine Artikel 29 und 67 § 4, in denen ihrerseits auf diese Bestimmung nicht ausdrücklich hingewiesen wird. Der Verfasser des Vorentwurfs wird also dafür sorgen, dass die Bedingungen für die Durchführung der impliziten Zuständigkeiten hinsichtlich dieser drei Eingreifen in die Zuständigkeit der Föderalbehörde tatsächlich erfüllt sind, und wird dies im Kommentar zu den betreffenden Bestimmungen verdeutlichen.

4. Der Kommentar zu Artikel 56 des Vorentwurfs enthält hingegen ausdrückliche Rechtfertigungen bezüglich der Verwendung der ihm zugrundliegenden impliziten Zuständigkeiten. Diese Rechtfertigungen gelten logischerweise auch für Artikel 97 des Vorentwurfs.

[2] Siehe zum Beispiel das Gutachten Nr. 53.763/2/V vom 9. September 2013 über einen Vorentwurf, der zum Dekret vom 28. November 2013 ‚über die Energieeffizienz von Gebäuden' geworden ist, und die angegebenen Quellen, *Parl. Dok.*, Wall. Parl., 2013-2014, Nr. 887/1, S. 41 bis 48; http://www.raadvst-consetat.be/dbx/avis/53763.pdf sowie, aktueller, das Gutachten Nr. 69.307/4 vom 17. Juni 2021 über Abänderungsvorschläge zu einem Vorschlag, der zum Dekret vom 17. Februar 2022 ‚zur Abänderung der Artikel 2, 33bis/1, 34 und 35 des Dekrets vom 12. April 2001 bezüglich der Organisation des regionalen Elektrizitätsmarkts und zur Einfügung der Artikel 33bis/3 und 33bis/4' geworden ist, *Parl. Dok.*, Wall. Parl. 2020-2021, Nr. 287/4, S. 2 bis 6 ; http://www.raadvst-consetat.be/dbx/avis/69307.pdf.

‡LW-CHKWOFHDD-HCBIJVT‡

Der Kommentar zu Artikel 56 des Vorentwurfs lautet wie folgt:

„Eine Beschwerdemöglichkeit beim Arbeitsgericht ist vorgesehen. Der Antrag beim Arbeitsgericht setzt die Vollstreckbarkeit der Geldbuße aus.

Aufgrund ihrer Restzuständigkeit ist grundsätzlich die Föderalbehörde zuständig für die Festlegung der Zuständigkeiten der Rechtsprechungsorgane und der entsprechenden Verfahrensregeln. Unstrittig ist jedoch ebenfalls, dass die Gemeinschaften und Regionen in Anwendung von Artikel 10 des Sondergesetzes vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen (sogenannte ‚implizite Zuständigkeiten') selbst einen Handlungsspielraum für sich beanspruchen können. Dazu ist es erforderlich, dass die Regelung als notwendig für die Ausübung der Befugnisse erachtet werden kann, dass die Angelegenheit sich für eine differenzierte Regelung eignet und dass die Auswirkungen der Bestimmungen auf diese Angelegenheit nur marginal sind. Es wird präzisiert, dass das Arbeitsgericht durch einen schriftlichen Antrag zu befassen ist. In Bezug auf das zuständige Rechtsprechungsorgan weisen verschiedene Staatsratsgutachten darauf hin, dass gemäß Artikel 14 §1 der koordinierten Gesetze über den Staatsrat die Abteilung Verwaltungsstreitsachen dieser Einrichtung bei Verwaltungsstrafen grundsätzlich die befugte Gerichtsbarkeit sei. Hiervon ist jedoch in Anwendung der impliziten Zuständigkeiten aus folgenden Gründen abzuweichen: Zum einen verfügt der Staatsrat ausschließlich über die Befugnis, die Legalität der Geldbuße zu kontrollieren, nicht aber die Zweckmäßigkeit und damit den festgesetzten Geldbetrag selbst. Der Staatsrat kann den angefochtenen Beschluss nur aussetzen bzw. annullieren; danach würde es der Regierung obliegen, eine neue Entscheidung zu treffen. Bei Beschwerden gegen die administrativen Geldbußen empfiehlt es sich jedoch, über eine Gerichtsbarkeit zu verfügen, die neben einer Kontrolle der Rechtmäßigkeit (‚Wurde die Geldbuße unter Einhaltung aller anwendbaren Rechtsvorschriften getroffen?') auch die Zweckmäßigkeit (‚Ist eine Geldbuße angebracht?') und die Verhältnismäßigkeit (‚Steht die Geldbuße im Verhältnis zu der geahndeten Handlung?') der Maßnahme beurteilen und damit eine Abänderung des Regierungsbeschlusses bewirken kann. Zum anderen bietet das Arbeitsgericht darüber hinaus ein weniger formales Verfahren als der Staatsrat, was allen Parteien unter der Aufsicht und Entscheidungsgewalt des Richters einen breiteren Dialog ermöglicht. Nicht umsonst spricht sich selbst die Rechtslehre wie folgt aus: *‚A cet égard, l'analyse conduit à la conclusion que le juge judiciaire exerce un contrôle plus étendu sur la décision administrative que ne le fait le Conseil d'Etat, spécialement à propos du quantum de la sanction. […] Pour l'heure, il semble ainsi préférable que l'autorité investie du pouvoir d'instituer la sanction administrative confie la compétence de contrôle aux juridictions judiciaires, plutôt qu'à la Haute juridiction administrative'* (D. RENDERS e.a., ‚Le régime juridique de la sanction administrative' in R. ANDERSEN, D. DÉOM, D. RENDERS (dir.), *Les sanctions administratives*, Brüssel, Bruylant 2007, S. 258-259). Unter Berücksichtigung dieser Umstände und in der Erwägung, dass im vorliegenden Fall die Anwendungsbedingungen von Artikel 10 des Sondergesetzes vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen erfüllt sind, empfiehlt es sich daher das Arbeitsgericht als zuständiges Rechtsprechungsorgan vorzusehen: In der Tat ist dies aus den genannten Gründen notwendig, die Angelegenheit kann – wie es die Existenz unterschiedlicher Gesetzgebungen in zuständigen Gebietskörperschaften beweist – differenziert geregelt werden und die Auswirkungen auf die Föderalgesetzgebung sind nur marginal(…)."

Diese Elemente allein reichen jedoch nicht aus, um das Eingreifen in die Zuständigkeit der Föderalbehörde und insbesondere die Notwendigkeit dieses Eingreifens zu rechtfertigen.

‡LW-CHKWOFHDD-HCBJVT‡

In ihrem Gutachten Nr. 53.763/2/V hat die Gesetzgebungsabteilung bezüglich der Bestimmung eines Vorentwurfs eines Dekrets der Wallonischen Region, in der vorgesehen wurde, dass die gegen eine administrative Geldbuße eingeleitete Beschwerde eine aussetzende Wirkung hatte und vor dem Polizeigericht eingereicht werden musste, Folgendes erwogen :

> „L'évolution ultérieure et convergente de la jurisprudence de la section du contentieux administratif du Conseil d'État [3], de la Cour constitutionnelle [4], de la Cour de cassation [5] et de la Cour européenne des droits de l'Homme a cependant conduit la section de législation à reconsidérer les principes rappelés ci-avant. Elle a estimé, tout d'abord, que l'article 6 de la Convention européenne des droits de l'Homme n'exige pas nécessairement le caractère suspensif de plein droit du recours introduit à l'encontre d'une amende administrative [6] et ensuite, que la même disposition conventionnelle n'exige pas nécessairement que la juridiction devant laquelle ce recours est porté dispose du pouvoir de substituer sa propre décision à celle de l'administration en 'modulant' l'amende infligée. Il en résulte logiquement que le recours en annulation visé par l'article 14 des lois coordonnées sur le Conseil d'État est, *de lege lata*, bel et bien en mesure de satisfaire aux exigences de l'article 6 de la Convention européenne des droits de l'Homme [7]. Il s'en déduit, tout aussi logiquement, que la mise en avant des exigences tirées de cette disposition conventionnelle ne peut plus être en elle-même considérée comme suffisante pour justifier de la 'nécessité', au sens de la doctrine des pouvoirs implicites, d'un empiètement sur les compétences de l'État fédéral tel celui réalisé par l'article 65 de l'avant-projet [8].
>
> En conséquence, il appartient à l'auteur de l'avant-projet de justifier, sur d'autres bases, qu'il lui est nécessaire de réaliser un tel empiètement sur les compétences de l'État fédéral [9]" [10].

---

[3] *Fußnote 29 aus dem zitierten Gutachten:* Voir e.a., C.E., 201.373, 26 février 2010, *SA European Air Transport*.

[4] *Fußnote 30 aus dem zitierten Gutachten:* Voir e.a., C.C., n° 44/2011, 30 mars 2011, pt. B.10.1 à B. 10.3.

[5] *Fußnote 31 aus dem zitierten Gutachten:* Cass., 15 octobre 2009, *Brussels Instituut voor Milieubeheer t. Emery Worldwide Airlines Inc*., C.09.0019.N

[6] *Fußnote 32 aus dem zitierten Gutachten:* Voir les avis 44.947/VR/V, 44.948/VR/V et 44.949/VR/V donnés le 19 aout 2008, *Doc. Vl. Parl*, 2008-2009, 1944/1, p. 94.

[7] *Fußnote 33 aus dem zitierten Gutachten:* Voir l'avis 51.632/1/V donné le 19 juillet 2012 sur une proposition de décret 'houdende wijziging van het decreet van 27 maart 2009 betreffende radio-omroep en televisie, wat het beroep tegen beslissingen van de Vlaamse Regulator voor de Media betreft', (*Doc. Vl. Parl.,* 2011-2012, n° 1515/3, p. 7).

[8] *Fußnote 34 aus dem zitierten Gutachten:* Avis 49.739/VR donné le 28 juin 2011 sur un avant-projet de décret 'houdende verplichte melding van risicovolle medische praktijken', (*Doc. Vl. Parl.,* 2011-2012, n° 1568/1, pp. 46-48).

[9] *Fußnote 35 aus dem zitierten Gutachten: Ibid.,* p. 48.

[10] Siehe ebenfalls das Gutachten Nr. 52.159/1 vom 30. Oktober 2012 über einen Vorentwurf, der zur Ordonnanz vom 3. April 2014 ‚relative à la statistique régionale' geworden ist, *Parl. Dok.*, Parl. R.B.H.., 2013-2014, Nr. A-512/1, S. 21 bis 25 ; http://www.raadvst-consetat.be/dbx/avis/52159.pdf. In Bezug auf eine Bestätigung, dass die von der Verwaltungsstreitsachenabteilung des Staatsrates ausgeübte Kontrolle im Hinblick auf die Anforderungen der aus Artikel 6 der Europäischen Menschenrechtskonvention abgeleiteten unbeschränkten Rechtsprechung ausreichend ist, siehe Europäische Gerichtshof für Menschenrechte, Urteil, *SA Patronale Hypothécaire c. Belgique*, 17. Juli 2018.

‡LW-CHKWOFHDD-HCBJVT‡

In seinem Entscheid Nr. 67/2021 vom 29. April 2021 hat der Verfassungsgerichthof diese Analyse wie folgt bestätigt:

„B.3. Mit der ersten Vorabentscheidungsfrage möchte der vorlegende Richter vom Gerichtshof erfahren, ob Artikel 66bis des Dekrets vom 20. April 2001 gegen die Artikel 10 und 11 der Verfassung, an sich oder in Verbindung mit den Artikeln13 und 144 der Verfassung und mit Artikel 6 der Europäischen Menschenrechtskonvention, verstoße, weil er nicht festlege, dass das Polizeigericht dafür zuständig sei, über die Klage gegen die Entscheidung zur Auferlegung einer administrativen Geldbuße im Sinne dieser Bestimmung zu befinden, während dieses Gericht dafür zuständig sei, über vergleichbare Klagen zu befinden, und weil der Staatsrat dann zuständig wäre, wobei dieses Rechtsprechungsorgan aber eine ‚in keinem Verhältnis dazu stehende und schwer zugängliche Beschwerdeinstanz' sei..

[…]

B.5.1. Die Artikel 10 und 11 der Verfassung gewährleisten den Grundsatz der Gleichheit und Nichtdiskriminierung. Artikel 13 der Verfassung beinhaltet ein Recht auf gerichtliches Gehör beim zuständigen Richter. Dieses Recht wird ebenfalls durch Artikel 6 Absatz 1 der Europäischen Menschenrechtskonvention gewährleistet.

B.5.2. Artikel 14 § 1 der koordinierten Gesetze über den Staatsrat weist dem Staatsrat die Zuständigkeit zu, über Nichtigkeitsklagen gegen Akte der verschiedenen Verwaltungsbehörden zu befinden, sofern die Streitsache nicht durch Gesetz an ein anderes Rechtsprechungsorgan verwiesen wird. Durch das Gesetz vom 20. Januar 2014 ‚zur Reform der Zuständigkeit, der Verfahrensordnung und der Organisation des Staatsrates' (Artikel 2 Nr. 1) wurde Artikel 14 der koordinierten Gesetze über den Staatsrat nämlich abgeändert und diese Präzisierung darin ausdrücklich hinzugefügt. Diese Zuständigkeit des Staatrats beruht auf seiner Zuständigkeit als ‚Verwaltungsrichter' im Sinne von Artikel 160 der Verfassung.

Die Nichtigkeitsklage gegen eine Entscheidung, durch die eine administrative Geldbuße auferlegt wird, bezieht sich nicht auf bürgerliche Rechte, über die die Gerichte nach Artikel 144 der Verfassung befinden.

Da die Klage gegen die Entscheidung zur Auferlegung einer administrativen Geldbuße im Sinne von Artikel 66bis des Dekrets vom 20. April 2001 nicht an ein anderes Rechtsprechungsorgan verwiesen wird, fällt sie in die allgemeine Zuständigkeit des Staatsrats für Nichtigkeitsklagen.

Der Gesetzgeber verfügt unter Berücksichtigung der in der Verfassung verankerten Regelungen über einen weiten Beurteilungsspielraum in Bezug auf die Festlegung der Zuständigkeiten der Rechtsprechungsorgane. Der Umstand, dass die fragliche Bestimmung nicht von der allgemeinen Zuständigkeit des Staatsrats für Nichtigkeitsklagen abweicht - was der Dekretgeber im Übrigen nur machen könnte, indem er sich auf die Anwendung von Artikel 10 des Sondergesetzes vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen beruft, da nur der Föderalgesetzgeber befugt ist, die Zuständigkeiten der Höfe und Gerichte sowie der administrativen Rechtsprechungsorgane zu regeln -, beinhaltet an sich keinen Verstoß gegen die Artikel 10 und 11 der Verfassung, an sich oder in Verbindung mit Artikel 144 der Verfassung.

B.6.1. Die Nichtigkeitsklage gegen einen Verwaltungsakt im Sinne von Artikel 14 § 1 der koordinierten Gesetze über den Staatsrat ist eine erst- und letztinstanzliche Klage, bei der die Rechtmäßigkeit eines Verwaltungsakts sowohl in tatsächlicher als auch in rechtlicher Hinsicht bestritten werden kann.

‡LW-CHKWOFHDD-HCBIJVT‡

Der Staatsrat führt insofern eine vollwertige gerichtliche Prüfung durch, sowohl anhand des Gesetzes als auch anhand der allgemeinen Rechtsgrundsätze, und prüft dabei, ob der seiner Kontrolle unterbreitete Verwaltungsakt die erforderliche faktische Grundlage aufweist, ob diese Entscheidung von einer korrekten rechtlichen Einstufung ausgeht und ob die Maßnahme nicht unverhältnismäßig ist vor dem Hintergrund des festgestellten Sachverhalts. Wenn er diese Entscheidung für nichtig erklärt, hat die Behörde den Entscheid des Staatsrats zu beachten: Wenn die Behörde eine neue Entscheidung trifft, darf sie die Gründe aus dem Entscheid, durch den die erste Entscheidung für nichtig erklärt wurde, nicht außer Acht lassen; wenn sie die Nichtigerklärung hinnimmt, wird davon ausgegangen, dass der angefochtene Akt nie bestanden hat.

B.6.2. Die Rechtsuchenden verfügen daher über eine tatsächliche Rechtsprechungsgarantie vor einem unabhängigen und unparteiischen Gericht im Rahmen einer nach Artikel 66bis des Dekrets vom 20. April 2001 auferlegten administrativen Geldbuße.“

Daraus ist zu schlussfolgern, dass falls der Verfasser des Vorentwurfs die Artikel 56 und 97 des Vorentwurfs beibehalten will, es ihm zukommt, andere als im Kommentar zu Artikel 56 erwähnte relevante Gründe in den Vordergrund zu stellen, um unter Berufung auf die durch Artikel 10 des Sondergesetzes vom 8. August 1980 gewährten impliziten Zuständigkeiten die Tatsache zu rechtfertigen, dass diese Bestimmungen in die Zuständigkeit der Föderalbehörde im Bereich der Festlegung der sachlichen Zuständigkeiten des Arbeitsgerichts sowie des Verfahrens vor diesem Gericht eingreifen.

II. Die Festlegung der Aufträge der Polizeidienste

In Artikel 4 § 2 des Vorentwurfs werden die Personalmitglieder der in Artikel 2 des Gesetzes vom 5. August 1992 ‚über das Polizeiamt‘ erwähnten Polizeidienste ermächtigt, Verstöße gegen das entworfene Dekret und seine Ausführungserlasse und gegen die in Paragraph 1 erwähnten gesetzlichen, dekretalen und verordnungsrechtlichen Bestimmungen festzustellen und in einem Protokoll festzuhalten.

Der Verfasser des Vorentwurfs stützt sich auf die in Artikel 10 des Sondergesetzes vom 8. August 1980 erwähnten impliziten Zuständigkeiten, um diese Ermächtigung zu rechtfertigen, die an Artikel 26 § 3 des Rahmendekrets vom 22. März 2019 ‚betreffende de bestuurlijke handhaving‘ anlehnt.

In ihrem Gutachten Nr. 64.535/3 vom 10. Januar 2019 über dieses damals als Vorentwurf bestehende Dekret hatte die Gesetzgebungsabteilung hinsichtlich dieses Artikels 26 § 3 Folgendes bemerkt:

„11.1. In artikel 26, § 3, van het voorontwerp wordt bepaald dat de personeelsleden van de politiediensten, vermeld in artikel 2 van de wet van 5 augustus 1992 ‘op het politieambt’, van rechtswege bevoegd zijn voor bestuurlijke opsporing, als ze voldoen aan de opleidings- en ervaringsvereisten vermeld in de eerste paragraaf van dat artikel. Op die wijze worden de personeelsleden van de politiediensten belast met het bestuurlijk opsporingsonderzoek, en dit zowel voor misdrijven als voor inbreuken.

11.2. […]

‡LW-CHKWOFHDD-HCBIJVT‡

Hieruit vloeit voort dat de decreetgever de personeelsleden van de politiediensten niet mag belasten met de bestuurlijke opsporing die erop gericht is een bestuurlijke sanctie op te leggen, laat staan dat hij aan die personeelsleden ‚opleidings- en ervaringsvereisten' vermag op te leggen.

11.3. De stellers van het voorontwerp lijken zich hiervan bewust, maar volgens hen is voldaan aan de voorwaarden om een beroep te doen op de impliciete bevoegdheden, op grond van de volgende overwegingen :

‚1) de maatregel is noodzakelijk voor de efficiënte uitoefening van de bestuurlijke handhaving als volle bevoegdheid van de Vlaamse deelstaat, die immers geen politieoverheid is en zonder de genomen maatregel bij de bestuurlijke handhaving niet kan rekenen op het fijnmazig netwerk en de kunde van de reguliere politie ;

2) de maatregel heeft slechts een marginale weerslag op de werking van het federale niveau, nu :

– voor wat de misdrijven betreft, er slechts sprake is van een gedeeltelijke verschuiving van de noodzakelijk te vervullen onderzoekdaden van de fase van het strafrechtelijk opsporingsonderzoek naar de fase van het bestuurlijk opsporingsonderzoek [11] ;

– inbreuken van oorsprong doorgaans gedepenaliseerde misdrijven betreffen: de toename van het aantal bestuurlijk op te sporen inbreuken wordt daardoor gecompenseerd door de afname van het aantal strafrechtelijk op te sporen misdrijven ;

– het vorderingsrecht van de vervolgingsinstanties tot het doen uitvoeren van bestuurlijke opsporingsdaden geldt enkel voor de op grond van artikel 26, paragrafen 1 en 2 uitdrukkelijk aangestelde (gemeentelijke, provinciale en Vlaamse) toezichthouders, met uitsluiting van de op grond van de door paragraaf 3 van hetzelfde artikel van rechtswege voor bestuurlijke opsporing bevoegd gestelde personeelsleden van politiediensten.

3) tot slot blijkt uit het gegeven dat de federale overheid de reguliere politiediensten zelf bevoegd stelde voor de bestuurlijke opsporing van geregionaliseerde inbreuken op het wegverkeer, reeds afdoende dat de federale aangelegenheid zich leent tot een gedifferentieerde regeling'.

11.4. Zelfs al zou kunnen worden aangenomen dat de ontworpen regeling noodzakelijk is voor de bevoegdheidsuitoefening van de Vlaamse Gemeenschap en het Vlaamse Gewest, valt te betwijfelen of is voldaan aan de overige voorwaarden om een beroep te kunnen doen op de impliciete bevoegdheden. Zo is de mogelijkheid voor de politiediensten om op te treden in het kader van een bestuurlijke opsporing waarin artikel 15, tweede lid, van de wet van 5 augustus 1992 ‚op het politieambt' voorziet, beperkt tot welbepaalde administratieve overtredingen, namelijk inbreuken op ‚de reglementen betreffende de politie over het wegverkeer die bestraft worden met administratieve sancties'. Artikel 26, § 3, van het voorontwerp heeft daarentegen een algemene draagwijdte en kan ertoe leiden dat de personeelsleden van de politiediensten mede worden belast met de bestuurlijke opsporing van alle met een administratieve sanctie gesanctioneerde misdrijven en met de inbreuken waarin decreten van de Vlaamse Gemeenschap en het Vlaamse Gewest voorzien. Weliswaar kan de vervolginginstantie de politiediensten niet vorderen om alle voor het bestuurlijk

[11] *Fußnote Nr. 26 aus dem zitierten Gutachten:* Voetnoot 104 van de aangehaalde memorie van toelichting: „Tot een bestuurlijk opsporingsonderzoek zal maar worden beslist wanneer blijkens het geseponeerde strafdossier onvoldoende opsporingsdaden werden gesteld om te kunnen oordelen over bestuurlijke vervolging dan wel bestuurlijk sepot."

‡LW-CHKWOFHDD-HCBJVT‡

opsporingsonderzoek noodzakelijke handelingen te doen volbrengen,[12] maar het lijkt wel degelijk de bedoeling dat de politiediensten op systematische wijze zouden worden ingeschakeld in de bestuurlijke opsporing van op grond van Vlaamse regelgeving bestuurlijk gesanctioneerde misdrijven of inbreuken. Er lijkt dan ook niet te kunnen worden voorgehouden dat de weerslag op de bevoegdheid van de federale overheid marginaal is.

Opdat dat wel het geval zou kunnen zijn, is minstens vereist dat de ontworpen regeling enkel van toepassing is voor zover de decreetgever op het ogenblik dat hij het aan te nemen decreet van toepassing verklaart op een Vlaamse regelgeving, dat uitdrukkelijk bepaalt, naar het voorbeeld van hetgeen het geval is voor hoofdstuk 5 van het aan te nemen decreet, [13] en dat hij bij die gelegenheid aantoont dat het voor die bepaalde aangelegenheid noodzakelijk is de politiediensten te belasten met de bestuurlijke opsporing“ [14].

Diese Bemerkungen gelten *mutatis mutandis* für Artikel 4 § 2 des Vorentwurfs.

III. Die Auferlegung von Verpflichtungen im Bereich der Übermittlung von Auskünften an anderen Körperschaften unterstehende Behörden

Durch Artikel 48 des Vorentwurfs kann die Regierung zwecks ihrer Entscheidungsfindung nützliche Auskünfte von den gesamten öffentlichen Behörden verlangen. Im Kommentar zu diesem Artikel werden – ohne weitere Erläuterung – die in Artikel 10 des Sondergesetzes vom 8. August 1980 erwähnten impliziten Zuständigkeiten angeführt, um die Verpflichtungen zu begründen, die den möglicherweise dem Föderalstaat, den Regionen und den anderen Gemeinschaften unterstehenden Behörden auferlegt würden. Auf derselben Grundlage sieht Artikel 79 des Vorentwurfs seinerseits für eine ganze Reihe von ähnlichen Behörden die Verpflichtung vor, die von den Sozialinspektoren verlangten Auskünfte und Informationen zu übermitteln. In Artikel 61 Absatz 1 des Vorentwurfs wird schließlich Folgendes bestimmt:

„[j]ede Entscheidung, die über die Strafverfolgung oder in Bezug auf eine administrative Geldbuße aufgrund eines Verstoßes gegen die in Artikel 4 erwähnten gesetzlichen, dekretalen und verordnungsrechtlichen Bestimmungen getroffen worden ist, wird den Sozialinspektoren, die das Protokoll erstellt haben, auf deren Antrag zur Kenntnis gebracht.“

[12] *Fußnote Nr. 27 aus dem zitierten Gutachten:* Zie artikel 36 van het voorontwerp. In de reactie op het advies van het College van procureurs-generaal wordt dienaangaande gesteld dat de vervolgingsinstantie de reguliere politie wel kan vragen om bepaalde handelingen van bestuurlijke opsporing te stellen, maar hen daartoe niet kan verplichten en dat als leden van de reguliere politie handelingen stellen in het kader van een bestuurlijk opsporingsonderzoek, zij dat noodzakelijk op basis van vrijwilligheid doen.

[13] *Fußnote Nr. 28 aus dem zitierten Gutachten:* Zie artikel 31 van het voorontwerp.

[14] Gutachten Nr. 64.535/3 vom 10. Januar 2019 über einen Vorentwurf, der zum Rahmendekret vom 22. März 2019 *‚betreffende de bestuurlijke handhaving‘, Parl. Dok.*, Fl. Parl., 2018-2019, Nr. 1825/1, S. 369 bis 422 ; http://www.raadvst-consetat.be/dbx/avis/64535.pdf.

‡LW-CHKWOFHDD-HCBIJVT‡

Allerdings sind solche Verpflichtungen, die einer anderen Körperschaft unterstehenden Behörden einseitig auferlegt werden, nicht mit dem Grundsatz der jeweiligen Autonomie des Föderalstaates und der Teilgebiete vereinbar[15]. In ihrem Gutachten Nr. 45.699/1 vom 15. Januar 2009 über einen Vorentwurf einer Ordonnanz ‚relative à la surveillance des réglementations en matière d'emploi qui relèvent de la compétence de la Région de Bruxelles-Capitale et à l'instauration d'amendes administratives applicables en cas d'infraction à ces réglementations' hat die Gesetzgebungsabteilung Folgendes formuliert:

> ‚L'article 11, alinéa 1er, impose notamment à tous les services fédéraux de fournir aux inspecteurs de l'emploi et à leur demande, tous renseignements, tous supports informatisés et tous documents que ces derniers estiment utiles à l'accomplissement de leurs tâches.
>
> Toutefois, dans la mesure du moins où cela concerne des services du pouvoir exécutif fédéral […], il va à l'encontre du principe de l'autonomie réciproque [lire : respective] de l'État fédéral, des communautés et des régions qu'une seule de ces autorités impose unilatéralement des obligations à une autre autorité, si bien que le champ d'application de l'article 11, alinéa 1er, en projet, devra être restreint.
>
> Afin de permettre l'échange d'informations entre les autorités fédérales et les autorités des communautés et des régions […], il faudra recourir à la conclusion d'un accord de coopération en application de l'article 92*bis*, § 1er , de la loi spéciale du 8 aout 1980' [16].

Dieselbe Bemerkung gilt für die Artikel 48, 61 und 79 des Vorentwurfs, die dementsprechend revidiert werden sollen[17].

IV. Der Sprachengebrauch

Artikel 31 des Vorentwurfs bestimmt, dass die Sozialinspektoren, wenn die Kontrolle es erforderlich macht, „eine Übersetzung der in Artikel 17 erwähnten Daten in eine der Landessprachen oder in die englische Sprache verlangen [können], wenn diese Daten in einer anderen Sprache als einer der Landessprachen erstellt sind".

---

[15] Bezüglich dieses Grundsatzes und seiner Tragweite, siehe unter anderem das Gutachten Nr. 68.936/AG vom 7. April 2021 über einen Vorentwurf, der zum Gesetz vom 14. August 2021 ‚relative aux mesures de police administrative lors d'une situation d'urgence épidémique' geworden ist, *Parl. Dok*. Kammer, 2020-2021, Nr.55-1951/1, S. 55 bis 127 ; http://www.raadvst-consetat.be/dbx/avis/68936.pdf (hinsichtlich einer Verpflichtung für die anderen Körperschaften, eine Konzertierung durchzuführen), oder noch das Gutachten Nr. 63.476/VR vom 12. Juli 2018 über einen Vorentwurf, der zum Gesetz vom 25. November 2018 ‚portant création du Conseil national de la productivité' geworden ist, *Parl. Dok.* Kammer, 2017-2018, Nr. 54-3279/1, S. 21 bis 27 ; http://www.raadvst-consetat.be/dbx/avis/63476.pdf (hinsichtlich der Verpflichtung, die den anderen Körperschaften unterstehenden Behörden auferlegt würde, um in den von einer dieser Körperschaften eingerichteten Organen mitzuwirken).

[16] Gutachten Nr. 45.699/1 vom 15. Januar 2009 über einen Vorentwurf, der zur Ordonnanz vom 30. April 2009 ‚relative à la surveillance des réglementations en matière d'emploi qui relèvent de la compétence de la Région de Bruxelles-Capitale et à l'instauration d'amendes administratives applicables en cas d'infraction à ces réglementations' geworden ist, *Parl. Dok.*, Parl. R.B.H., 2008-2009, Nr. A-548/1, S. 49 bis 62, http://www.raadvst-consetat.be/dbx/avis/45699.pdf.

[17] Vgl. mit Artikel 24 des Dekrets vom 28. Februar 2019, in dem das Schließen eines Zusammenarbeitsabkommens vorgesehen wird.

‡LW-CHKWOFHDD-HCBJVT‡

In den Artikeln 92 und 93 des Vorentwurfs wird vorgesehen, dass in die Artikel 6 und 7 des Gesetzes vom 19. Februar 1965 ‚über die Ausübung seitens Ausländern von Berufstätigkeiten als Selbständige' ein neuer Absatz, dem zufolge die darin erwähnten Beschwerden in einer der drei Landessprachen abgefasst werden müssen, eingefügt wird.

Artikel 130 der Verfassung bestimmt:

„§ 1 - Das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft regelt durch Dekret:

1. die kulturellen Angelegenheiten;

2. die personenbezogenen Angelegenheiten;

3. das Unterrichtswesen in den in Artikel 127 § 1 Absatz 1 Nummer 2 bestimmten Grenzen;

4. die Zusammenarbeit zwischen den Gemeinschaften sowie die internationale Zusammenarbeit, einschließlich des Abschlusses von Verträgen, in den unter den Nummern 1, 2 und 3 erwähnten Angelegenheiten.

5. den Gebrauch der Sprachen für den Unterricht in den von den öffentlichen Behörden geschaffenen, bezuschussten oder anerkannten Einrichtungen.

Das Gesetz legt die unter den Nummern 1 und 2 erwähnten kulturellen und personenbezogenen Angelegenheiten fest sowie die unter Nummer 4 erwähnten Formen der Zusammenarbeit und die Art und Weise, wie die Verträge abgeschlossen werden.

§ 2 - Diese Dekrete haben Gesetzeskraft im deutschen Sprachgebiet."

Gemäß Paragraph 1 Absatz 1 Nr. 5 ist die Deutschsprachige Gemeinschaft also nur zuständig, um den Sprachengebrauch für den Unterricht in den von den öffentlichen Behörden geschaffenen, bezuschussten oder anerkannten Einrichtungen zu regeln.

In dem deutschen Sprachgebiet liegt die Zuständigkeit, den Sprachengebrauch in Verwaltungssachen oder in den sozialen Beziehungen zwischen den Arbeitgebern und ihrem Personal zu regeln, demzufolge beim Föderalgesetzgeber[18].

Folglich ist Artikel 31 des Vorentwurfs auszulassen und sind die Wörter „und in einer der drei Landessprachen abgefasst" jeweils aus den Artikels 92 und 93 des Vorentwurfs auszulassen.

ALLGEMEINE BEMERKUNGEN

I. Verhältnismäßigkeit der Maßnahmen zur Aussetzung der Bearbeitung von Anträgen auf Erhaltung von Zuschüssen, Entschädigungen oder Zulagen im Falle einer Behinderung der Kontrolle

In den Paragraphen 2 und 3 des Artikels 68 des Vorentwurfs wird vorgesehen, dass die Bearbeitung der Anträge auf Erhalt von Zuschüssen, Entschädigungen oder Zulagen von der Regierung gemäß den von ihr bestimmten Modalitäten ausgesetzt werden kann, wenn der Arbeitgeber, sein Angestellter oder sein Beauftragter die aufgrund des vorliegenden Dekrets

[18] *Parl. Dok.*, Senat, 1969-1970, Nr. 391, S. 23.

‡LW-CHKWOFHDD-HCBIJVT‡

und seiner Ausführungserlasse organisierte Kontrolle der Verwendung von Zuschüssen, Entschädigungen oder Zulagen behindert. Paragraph 4 desselben Artikels erteilt der Regierung dieselbe Möglichkeit, solange die Sozialinspektoren eine gegen dieselbe natürliche oder juristische Person gerichtete Kontrolle durchführen.

Unter bestimmten Umständen kann eine solche Aussetzung der Zuschüsse zur Folge haben, dass die betroffene Person oder Struktur in große finanzielle Schwierigkeiten gerät oder sogar zahlungsunfähig wird[19]. Ein solches Verfahren würde daher einer präventiven Strafe gleichkommen. Für die Durchführung dieses Artikels ist deshalb eine besondere Aufmerksamkeit erforderlich, damit die Verhältnismäßigkeit der Strafe auch im Interesse der betroffenen Arbeitnehmer beachtet wird.

Außerdem muss der Text ergänzt werden, einerseits um im Vorentwurf die Fälle zu beschränken, in denen die Bearbeitung der Anträge auf Zuschüsse, solange eine Kontrolle läuft, ausgesetzt werden kann, und andererseits um die Höchstdauer dieser Aussetzung festzulegen[20].

II. Grundsatz der Unabhängigkeit des Aufsichtspersonals gemäß dem IAO-Übereinkommen Nr. 81 über die Arbeitsaufsicht in Gewerbe und Handel

Die Gesetzgebungsabteilung macht den Verfasser des Vorentwurfs auf Artikel 6 des IAO-Übereinkommens über die Arbeitsaufsicht in Gewerbe und Handel von 1947 aufmerksam, in dem der Grundsatz der Unabhängigkeit derjenigen, die diese Aufgaben erfüllen, verankert ist. So „hat [das Aufsichtspersonal] aus öffentlichen Beamten zu bestehen, deren Stellung und Dienstverhältnisse ihnen Stetigkeit der Beschäftigung und Unabhängigkeit von Veränderungen in der Regierung und von unzulässigen äußeren Einflüssen verbürgen."

Folglich muss diese Unabhängigkeit gewährleistet werden, insbesondere wenn die Regierung die deontologischen Regeln wird festlegen müssen, die die Sozialinspektoren gemäß Artikel 34 des Vorentwurfs werden einhalten müssen.

III. Aufbewahrungsdauer von Daten

In den Artikeln 87 bis 91 des Vorentwurfs wird eine Regelung für die Datenaufbewahrung bestimmt, der zufolge die Daten „nicht länger, als es für die Realisierung der Zwecke erforderlich ist, für die sie verarbeitet werden, in einer Form aufbewahrt werden [dürfen], die die Identifizierung der betroffenen Personen ermöglicht", wobei eine maximale Aufbewahrungsfrist von höchstens zehn Jahren nach der endgültigen Beendigung der

[19] In demselben Sinne siehe das Gutachten des Wirtschafts- und Sozialrates der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 22. Februar 2022, das der der Gesetzgebungsabteilung übermittelten Akte beigefügt wurde.

[20] Siehe in diesem Sinne das Gutachten Nr. 63.926/2/V vom 30. August 2018 über einen Vorentwurf, der zum Dekret vom 28. Februar 2019 geworden ist, Bemerkung unter Artikel 45, *Parl. Dok.*, Wall. Parl., 2018-2019, Nr. 1277/1, S. 93 bis 97 ; http://www.raadvst-consetat.be/dbx/avis/63926.pdf.

‡LW-CHKWOFHDD-HCBIJVT‡

Ermittlungen oder der gerichtlichen, verwaltungstechnischen und außergerichtlichen Verfahren und Rechtsbehelfe, die sich daraus ergeben, gilt.

Da die Verarbeitung personenbezogener Daten gemäß Artikel 5 Paragraph 1 c) der Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 ‚zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (Datenschutz-Grundverordnung)‘ auf das für die Zwecke der Verarbeitung notwendige Maß beschränkt sein muss („Datenminimierung“), muss die Dauer der Aufbewahrung nicht länger als nötig sein.

Es sieht so aus, als wollte der Verfasser des Vorentwurfs diese Anforderung erfüllen, indem er in Artikel 87 des Vorentwurfs erläutert, dass die Daten nicht länger als nötig aufbewahrt werden, wobei er zu dieser Erläuterung jedoch eine maximale Aufbewahrungsdauer von zehn Jahren hinzufügt. Fraglich ist, ob eine solche Aufbewahrungsfrist von zehn Jahren, auch wenn sie als ein Maximum formuliert wird, an sich verhältnismäßig ist[21]. Die Begründung ist um die Gründe für diese Wahl zu ergänzen.

BESONDERE BEMERKUNGEN

Artikel 3

In Absatz 2 wird die Regierung dazu ermächtigt, zu bestimmen, wer einerseits einem Arbeitgeber im Sinne von Absatz 1 Nr. 1 und andererseits einem Arbeitnehmer im Sinne von Absatz 1 Nr. 2 gleichgestellt werden kann.

Diese Ermächtigung bietet der Regierung die Möglichkeit, den Anwendungsbereich *ratione personae* des Dekrets zu erweitern und folglich außerhalb des Dekrets andere Kategorien von Personen als Zielgruppe der Regelung der Verwaltungsstrafen und der damit verbundenen strafrechtlichen Sanktionen zu bezeichnen.

Die Ermächtigung, die der Vorentwurf der Regierung erteilt, um strafrechtliche Sanktionen oder Verwaltungssanktionen vorzuschreiben, sollte besser eingegrenzt werden, um annehmbar zu sein[22].

Artikel 5

Paragraph 6 ermächtigt die Regierung dazu, die Fristbestimmungen anzupassen und abweichende Fristbestimmungen festzulegen.

[21] Vgl. mit den Artikeln 100/14 bis 100/17 des Sozialstrafgesetzbuches und den Artikeln 39 bis 42 des Dekrets vom 28. Februar 2019.

[22] Verfassungsgerichtshof, 31. Mai 2011, Nr. 100/2011, B.5 und Verfassungsgerichtshof, 22. September 2022, Nr. 109/2022, B.5.3.

‡LW-CHKWOFHDD-HCBIJVT‡

Diese Ermächtigung geht zu weit und ist infolgedessen unannehmbar. Sie ist auszulassen.

Artikel 10

Die beauftragte Beamtin hat sich damit einverstanden erklärt, das Wort „regionaler“ auszulassen.

Artikel 32

Es steht dem Dekretgeber nicht zu, der Regierung aufzuerlegen, dass der Eid „vor dem für Beschäftigung zuständigen Minister oder vor seinem Beauftragten“ abgelegt wird.

Die Artikel 68, 69 und 87 des Sondergesetzes vom 8. August 1980 ‚zur Reform der Institutionen‘, die aufgrund der Artikel 51 und 54 des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 ‚über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft‘ auf die Deutschsprachige Gemeinschaft sind, betrauen nämlich die Regierung selber mit der internen Organisation der Exekutive[23].

Die Wörter „vor dem für Beschäftigung zuständigen Minister oder vor seinem Beauftragten“ sind durch die Wörter „vor der Regierung“ zu ersetzen, wobei letztgenannte diese Aufgabe einem seiner Mitglieder delegieren kann.

Artikel 45

Da Absatz 2 bereits die Fälle vorsieht, in denen eine administrative Geldbuße ausgeschlossen ist, ist Absatz 3 auszulassen.

Artikel 65

In diesem Artikel wird nicht bestimmt, wer die administrative Geldbuße herabsetzen kann. Er muss deshalb in diesem Punkt ergänzt werden.

[23] Siehe Gutachten 38.297/AG vom 10. Mai 2005 über einen Vorentwurf, der zum Dekret vom 1. Juli 2005 „portant diverses mesures en matière d'enseignement obligatoire et de promotion sociale, d'enseignement supérieur, de promotion de la santé à l'école, de la coordination, de l'accueil des enfants durant leur temps libre et au soutien de l'accueil extrascolaire, de l'aide à la jeunesse, d'éducation permanente et de fonds budgétaires“ geworden ist, *Dok. Parl.*, Parl. Fr. Gem., 2004-2005, Nr. 111/1, Seiten 38 bis 66, http://www.raadvst-consetat.be/dbx/avis/38297.pdf).

‡LW-CHKWOFHDD-HCBJVT‡

Artikel 67

Soweit Paragraph 1 vorsieht, dass das von ihm eingeführte System von spezifischen Garantien „nicht auf Minderjährige anwendbar (ist), die zum Zeitpunkt der Straftat weniger als sechzehn Jahre alt waren“, könnte er *a contrario* bedeuten, dass die im Vorentwurf vorgesehenen administrativen Geldbußen gegen Minderjährige, die zum Zeitpunkt der Straftat weniger als sechszehn Jahre alt waren, ohne verfahrensrechtliche Garantien verhängt werden könnten. Eine solche Schlussfolgerung, die nicht mit dem Grundsatz der Gleichheit und der Nichtdiskriminierung vereinbar wäre, scheint nicht der Absicht des Verfassers des Vorentwurfs zu entsprechen. Wenn beabsichtigt wird, dass die in dem entworfenen Dekret vorgesehenen administrativen Geldbußen nicht einer Person auferlegt werden können, die zum Zeitpunkt der Straftat das Alter von 16 Jahren noch nicht erreicht hat, sollte Artikel 67 des Vorentwurfs ausdrücklich in diesem Sinne formuliert werden.

Artikel 68

Selbstverständlich können die in Paragraph 1 erwähnten Geldbußen und Gefängnisstrafen nicht auferlegt werden, wenn sich die betreffende Person in einer Lage befindet, in der sie ihr Recht, sich nicht selbst zu belasten, wie es sich aus Artikel 6 der Europäischen Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten ableitet, geltend machen kann[24].

Artikel 86

1. In Absatz 1 sind die Wörter „Artikel 89.1 der“ durch die Wörter „Artikel 89 Paragraph 1 der“ zu ersetzen.

2. Da Artikel 3 des Vorentwurfs in Absatz 1 Nr. 4 die Datenschutz-Grundverordnung definiert, werden die Wörter „Verordnung (EU) 2016/679 des europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG“ durch die Wörter „Datenschutz-Grundverordnung“ ersetzt.

[24] Siehe - unter vielen anderen - Gutachen Nr. 70.259/4 vom 3. November 2021 über einen Vorentwurf, der zum Dekret vom 3. Februar 2022 ‚modifiant le Code wallon de l'action sociale et de la santé en ce qui concerne la promotion de la santé et la prévention' geworden ist, Bemerkungen über Artikel 20, mit den angegeben Quellen, *Parl. Dok.*, Wall. parl., 2021-2022, Nr. 796/1, Seiten 40 bis 52; http://www.raadvst-consetat.be/dbx/avis/70259.pdf. *Adde*, für eine aktuelle Zusammenfassung der Grundsätze zum Recht, sich nicht selbst zu belasten, Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte, Urteil *Legé gegen Niederlande*, 4. Oktober 2022.

‡LW-CHKWOFHDD-HCBJVT‡

Artikel 101

In Paragraph 1 Absatz 3 des entworfenen Artikels 12.1 sind die Wörter „in Artikel 49/2 des Sozialstrafgesetzbuches“ durch die Wörter „in Artikel 12.2“ zu ersetzen.

DER GREFFIER DER PRÄSIDENT

Charles-Henri VAN HOVE Martine BAGUET

Das Gutachten wurde unter der Aufsicht von Roger WIMMER, Erster Auditor, übersetzt.

DER CHEFGREFFIER,

Gregory DELANNAY

‡LW-CHKWOFHDD-HCBIJVT‡